



Statistisches Bundesamt · Wiesbaden

Sonderdruck

Die Statistik auf dem Weg zur deutschen Einheit

Dr. Doris Cornelsen, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Überlegungen aus der Sicht der Wissenschaft am Beispiel der Erfahrungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Dr. Karl Heinz Freitag, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.

Vorstellungen der Wirtschaft zum vordringlichen Informationsbedarf über die DDR und die aus ihrer Sicht zu treffenden Maßnahmen

Vorträge vor dem Statistischen Beirat des Statistischen Bundesamtes anlässlich seiner 37. Tagung am 3. Juli 1990 in Berlin.

Überlegungen aus der Sicht der Wissenschaft am Beispiel der Erfahrungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Im Verlauf der vergangenen Monate haben wir eine Entwicklung erlebt, die die meisten von uns nicht für möglich gehalten haben. Der Wandel in der DDR war atemberaubend. Seit Beginn dieser Woche haben wir ein einheitliches Währungsgebiet von Bundesrepublik und DDR, die DDR hat im Prinzip die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik übernommen. Die entscheidenden Schritte für die Wirtschafts- und Sozialunion sind eingeleitet

Damit beginnt ein einmaliges Experiment ohne Beispiel und ohne Vorbild: die Transformation einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft. Diese Aufgabe ist eine Herausforderung für Politik und Wirtschaft; sie ist auch eine Herausforderung für die Wissenschaft und für die Statistik. Politik und Wirtschaft müssen die richtigen Entscheidungen in diesem einmaligen Prozeß treffen, Wissenschaft und Statistik müssen die notwendigen Analysen und das notwendige Material bereitstellen.

Die Statistik — hier und heute unser Thema — ist somit gefragt wie nie. Der Transformationsprozeß kann nur gezielt unterstützt werden, wenn die erforderlichen Informationen vorhanden sind. Die Entwicklung wird auch international große Aufmerksamkeit finden, nicht zuletzt in den anderen Ländern Osteuropas, aber auch bei den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft. Schließlich wird dieses Kapitel eines der spannendsten für die Wirtschaftshistoriker sein — alles in allem, die Statistik der DDR steht vor einer großen Aufgabe

Angesichts dieser enormen Bedeutung ist es wichtig, sich vor Augen zu führen, wie die Statistik dafür gerüstet ist. Mit der Statistik der DDR in ihrer bisherigen Form sind diese Aufgaben sicherlich nicht zu lösen. Gleichwohl soll hier eine kurze Würdigung der DDR-Statistik gegeben werden, weil die Frage von Umfang und Qualität der bisherigen Statistik auch für die Weiterentwicklung des Instrumentariums wichtig ist.

Das DIW hat in der empirischen Forschung über die DDR-Wirtschaft eine lange Tradition. Derartige Untersuchungen mußten sich in erster Linie auf das veröffentlichte statistische Material stützen. Zusätzliche Informationen aus der Auswertung anderer Quellen — zum Beispiel Monographien, Fachzeitschriften, Pressemeldungen, Tagungsberichte — konnten zwar das Bild vervollständigen; aber die offizielle Statistik blieb eine wesentliche Grundlage für die

Analysen. Die Frage nach der Aussagekraft, Vollständigkeit und Genauigkeit der statistischen Informationen ist deshalb vom DIW schon immer kritisch geprüft worden. Der Umfang der veröffentlichten Statistik in der DDR war bisher außerordentlich dürftig. Dies galt nicht nur verglichen mit der der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch mit der in den meisten europäischen RGW-Staaten. Die Absichtserklärungen in der Schlußakte der KSZE-Konferenz in Helsinki, Qualität, Quantität, Vergleichbarkeit und Aktualität der Informationen über Handel und Wirtschaft zu erhöhen, haben in der DDR überhaupt keine Wirkung gezeigt, obwohl sie auch zu den in Helsinki beteiligten Ländern gehört hatte. Tatsächlich hat die DDR nach der Konferenz ihre Informationen, jedenfalls über den Außenhandel, sogar noch reduziert. Während die anderen RGW-Länder ein gesondertes Außenhandelsjahrbuch herausgegeben haben und zum Teil sogar monatlich über den Außenhandel berichteten, war die DDR das Land mit der dürftigsten Außenhandelsstatistik im RGW.

In der DDR-Statistik fehlten außerdem viele im allgemeinen für selbstverständlich gehaltene Daten. Zum Beispiel wichtige Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Wohnungszählung, eine Einkommensgesamtrechnung, eine aussagefähige Industriestatistik (tiefe Gliederung, Lohnsumme, Investitionen und Anlagevermögen, Export), Reihen über die Preisentwicklung, eine Umweltstatistik.

Die Frage der Zuverlässigkeit der DDR-Statistik hat die westliche DDR-Forschung immer sehr beschäftigt. Dabei bestand wohl weitgehend Einigkeit darüber, daß die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik veröffentlichten Zahlen von dieser nicht bewußt verfälscht oder manipuliert worden sind. Für kritische Fälle griff man eher zum Mittel der Geheimhaltung, manchmal auch zur Veränderung in der Abgrenzung. Das abrupte Verschwinden vieler Außenhandelszahlen für die Jahre nach 1974, die Einstellung der Berichterstattung über die Ausfuhrstruktur des Maschinenbaus mit dem Jahr 1975 waren markante Beispiele für dieses Vorgehen, außerdem die Veränderung in der Systematik beim Ausweis des Staatshaushalts. Ohne detektivische Spürarbeit war hier in vielen Fällen eine kontinuierliche Berichterstattung überhaupt nicht möglich — insofern grenzte die Handhabung der Statistik in der Tat bereits gefährlich an eine Irreführung der Öffentlichkeit.

Ein ganz kritischer Bereich war übrigens die Statistik des Anlagevermögens. In der DDR wurde das Anlagevermögen („Grundmittel“) direkt aus den Aufzeichnungen der Betriebe übernommen. Es handelte sich um den Bruttowert der Anlagen, die Preisbasis war zuletzt 1986. Die Aussagekraft dieser Daten ist sehr begrenzt, weil bei der Bewertung viel Willkür im Spiel gewesen ist. Alte Anlagen, die längst hätten ausgesondert werden müssen, wurden immer noch zu Wiederbeschaffungspreisen von 1986 geführt. Importierte Anlagen wurden mit einem „Richtungskoeffizienten“ von 1 D-Mark = 4,40 Mark der DDR umgerechnet und so in die Vermögensrechnung einbezogen. Die Bewertung des Anlagevermögens in D-Mark wird jetzt die Betriebe vor große Probleme stellen; sicherlich kann man die bisherigen Aufzeichnungen in den meisten Fällen vergessen.

Die Zuverlässigkeit der Statistik hat aber noch einen anderen Aspekt, das sind die systematischen Fehler, die im Material zwangsläufig vorhanden sind. Ein wesentlicher Punkt ist hier die Einstellung der Befragten und der Gegenstand der Statistik. In der DDR waren die statistischen Berichte der Betriebe identisch mit den betrieblichen Planerfüllungsberichten. Diese wiederum beeinflussten die finanzielle Situation der Betriebe, nämlich die Möglichkeiten zur Bildung der verschiedenen betrieblichen Fonds, und damit auch die materiellen Vorteile für die Belegschaft. Die Betriebe, die Belegschaft und manchmal auch ihre zuständigen Minister hatten somit ein unmittelbares Interesse an einer bestimmten Einschätzung ihrer Tätigkeit. Es gilt als sicher, daß damit ein systematischer Fehler unbekannter Größe und Richtung in das statistische Primärmaterial der DDR eingegangen ist.

Ein weiterer systematischer Fehler kommt aus dem schwierigen Problem der Preisbereinigung, wenn sich die Zusammensetzung der Produktion verändert und neue Produkte, für die in der Vorperiode nichts Vergleichbares vorhanden gewesen ist, auftauchen. Die Problematik neuer Produkte ist in der Statistik allgemein bekannt. Üblicherweise werden ausgeklügelte Verfahren verwendet, um hier den Qualitätseffekt und den Preiseffekt zu trennen und die neuen Produkte angemessen in die preisbereinigte Produktion einzuordnen. In der DDR hatte dieses Problem noch eine besondere Dimension. Dort wurde 1983 die Plankennziffer „Erneuerungsgrad der Produktion“ eingeführt. Im Durchschnitt der Industrie war ein Erneuerungsgrad von 30 % des Sortiments vorgeschrieben. Gleichzeitig wurde festgelegt, daß für neue Produkte höhere Gewinnzuschläge kalkuliert werden können. Um den Plan in dieser Hinsicht zu erfüllen, wurden vielfach auch geringfügige Veränderungen als Neuerungen deklariert und mit höheren Preisen abgerechnet, auch wenn dies weder durch Neugigkeitsgrad noch durch Qualitätsverbesserungen gerechtfertigt war. Zur Ermittlung der Preis- und Qualitätseffekte hat sich das Statistische Amt auf die Angaben der Betriebe verlassen und keine eigene Preisstatistik geführt. Damit wurden die Ergebnisse der Preisbereinigung noch problematischer, als sie von der Sache her ohnehin gewesen sind. Die realen Zuwachsraten gesamtwirtschaftlicher Daten waren deshalb in unbekanntem Maß überhöht, und zwar besonders in den Jahren und im Detail auch für die Bereiche, in denen die Erneuerungsrate besonders hoch ausgefallen ist. Das DIW hat in der Vergangenheit mehrfach auf diesen Punkt hingewiesen, einmal wurden wir dafür sogar mit einem langen Artikel im „Neuen Deutschland“ bedacht, der zur Sache nichts brachte, aber um so giftiger formuliert gewesen ist.

Für die Industrie der DDR hat das Statistische Amt inzwischen versucht, die Preisentwicklung nachträglich besser in den Griff zu bekommen. Für die Zeit von 1980 bis 1988 wurde ein neuer Index für die reale Produktion erarbeitet, daraus ergibt sich eine Zunahme der Produktion in dieser Zeit von 130 %, in der früheren Rechnung waren es 135 %

Ergänzt werden muß, daß der Bereich Preisstatistik auch generell bisher ein weißer Fleck in der statistischen Arbeit

der DDR gewesen ist. Zum Beispiel lag der Index der Einzelhandelsverkaufspreise seit Jahren praktisch reglos bei 100 und widersprach damit deutlich jeder Lebenserfahrung

Ein weiteres Problem der Statistik war schließlich das der Vergleichbarkeit. Eine Gemeinsamkeit der Begriffe und Definitionen der Statistik von Bundesrepublik Deutschland und DDR war trotz gemeinsamer Ausgangslage schon lange nicht mehr gegeben. Zu stark hatten die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme auch die Begriffswelt verändert. Beispielsweise folgte die DDR in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dem in den sozialistischen Ländern allgemein gebräuchlichen Konzept des „Material Product System“ (MPS), während in der Bundesrepublik — wie in den anderen westlichen Ländern — das von den Vereinten Nationen empfohlene „System of National Accounts“ (SNA) verwendet wird. Das MPS-System weicht insbesondere in einem Punkt von der Empfehlung der Vereinten Nationen ab: Ausgehend von der Arbeitswertlehre von Karl Marx werden nur solche Leistungen als wertschöpfend angesehen, die sich in Produktion und Verteilung materieller Produkte realisieren. Die Hauptkennziffer in diesem System, das „produzierte Nationaleinkommen“, enthält also nur die Leistungen im „produzierenden Bereich“, der große Bereich der Dienstleistungen bleibt außer Betracht. Auch in den einzelnen wirtschaftlichen Teilbereichen, insbesondere in der Industrie, waren Begriffe, Abgrenzungen und Systematik unterschiedlich.

Früher waren es generell auch die unterschiedlichen Preise und Währungen, die eine Vergleichbarkeit erschwerten. Mit der Währungsunion ist jedoch dieses Problem aus der Welt geschafft.

Zusammenfassend herrschte bei den westlichen DDR-Forschern aber die Meinung vor, daß die statistische Praxis in der DDR allgemein noch in der alten preußischen Tradition verwurzelt war. Die Defizite insbesondere im Umfang und in einzelnen Bereichen beruhten im wesentlichen auf Entscheidungen der Wirtschaftsführung, die in der Statistik ganz offiziell ein Instrument für „Agitation und Propaganda“ gesehen hat.

Das DIW hat in der Vergangenheit versucht, wenigstens einen kleinen Teil der Lücken in der Statistik auszufüllen. Wir haben zum Beispiel aus der Sammlung von Fachzeitschriften, Meldungen der DDR-Presse, Tagungsberichten und allen erreichbaren Unterlagen ein Industriearchiv aufgebaut, das viele sonst verstellte Einblicke in die Industrie der DDR ermöglicht hat. Dieses Archiv ist die Basis für viele Arbeiten über spezielle Industriebereiche, auch über die Umweltbelastung der DDR geworden.

Außerdem haben wir mit unseren Berechnungen zur Kaufkraft der Mark der DDR im Vergleich mit der D-Mark sehr gefragte Informationen geliefert. Die DDR war in keinen internationalen Kaufkraftvergleich einbezogen, die von nationalen statistischen Ämtern und internationalen Organisationen schon seit langem durchgeführt werden. Das DIW war die einzige Institution, die systematisch die Verbraucherpreise in der DDR beobachtet und Kaufkraftvergleiche zwischen Mark der DDR und D-Mark angestellt

hat. Solche Untersuchungen sind in unregelmäßigen Abständen seit 1950 vom DIW durchgeführt worden. Zuletzt haben wir die Preise in der DDR für die Jahreswende 1989/90 festgestellt, also noch vor den Veränderungen, die im ersten Halbjahr in einigen Sortimenten begonnen haben. Für die letzten Untersuchungen haben wir über 800 Güter in die Berechnungen einbezogen, damit hatten wir einen beachtlichen Repräsentationsgrad, der den Rechnungen des Statistischen Bundesamtes nicht nachgekommen ist. Für die Warenkörbe gingen wir jeweils von zwei Haushaltstypen, nämlich den 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen und den 2-Personen-Rentner-Haushalten ohne Erwerbseinkommen, aus. Derartige Kaufkraftuntersuchungen waren enorm arbeitsaufwendig, denn wir mußten versuchen, für alle die in den Warenkörben beschriebenen Güter Vergleichspreise in D-Mark und Mark der DDR zu beschaffen. Beim Preisesammeln in der DDR kam hinzu, daß wir uns angesichts der dortigen Verhältnisse immer auf leicht unsicherem Boden bewegten. Jedenfalls sind meine Mitarbeiter und ich für einzelne Sortimente zu richtigen Experten in Warenkunde geworden.

Jetzt ist die Materiallage natürlich ganz anders. Viele der früher nicht publizierten Daten sind inzwischen verfügbar. Und auch die Statistik steht vor einem neuen Anfang.

Gegenwärtig ist eine schrittweise Annäherung der DDR-Statistik an die Bundesstatistik vorgesehen. Definitionen und Nomenklaturen sollen an die der Bundesstatistik angepaßt werden, im produzierenden Gewerbe wird ein Berichtssystem nach dem Muster der Bundesrepublik aufgebaut. Das kurzfristige Ziel sind schon ab Juli erste vergleichbare Ergebnisse, mittelfristig ist ein einheitliches abgestimmtes Gesamtprogramm vorgesehen. Das bedeutet gleichzeitig eine beachtliche Erweiterung der statistischen Berichterstattung. In der Diskussion sind ja wohl auch organisatorische Änderungen. Hier sei es mir erlaubt, vorsichtige Bedenken anzumelden. Die Länder in der DDR werden klein sein, und mehrere kleine statistische Landesämter sind möglicherweise der Arbeit weniger gewachsen als eine große zentrale Einrichtung.

Insgesamt ist schwer zu beurteilen, ob die Ausdehnung der Statistik kurzfristig machbar ist. Dies insbesondere deshalb, weil es einen gravierenden Unterschied zur Lage in der Bundesrepublik Deutschland gibt, das ist die Situation in der öffentlichen Verwaltung. Der gesamte Staatsapparat in der DDR war auf die Notwendigkeiten der zentralen Planung ausgerichtet. Eklatante Unterschiede zur Bundesrepublik gab es darüber hinaus zum Beispiel im Steuer- und Abgabensystem und in der Sozialversicherung. Prozeßproduzierte Statistiken, abgeleitet aus dem Verwaltungshandeln, waren früher das Ergebnis von Regulierungen und Kontrollen der zentralen Wirtschaftsführung. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft muß die Verwaltung auf die neuen Erfordernisse und die neuen Aufgabengebiete orientiert werden. Dazu gehört auch eine andere Ausbildung der Arbeitskräfte. Die Umbildung der Verwaltung wird ein hartes Stück Arbeit, die vorhandene Bürokratie gilt sogar für viele DDR-Bürger als ein letztes, aber um so zäheres Bollwerk des bisherigen Systems.

Das hat aber auch Folgen für die Statistik. Sie kann sich nicht auf eine funktionierende Verwaltung im gesamten öffentlichen Bereich stützen. Prozeßproduzierte Statistiken wie in der Bundesrepublik Deutschland wird es zunächst nicht geben. Das betrifft zum Beispiel die Statistik des Außenhandels (aus der Zollstatistik), der Einkommen (aus der Steuerstatistik), der Beschäftigten (aus der Statistik der Sozialversicherung). Sie sind in der DDR erst nach einer längeren Phase der Verwaltungsumbildung zu erwarten, jedenfalls kaum in der Zeit, in der die entscheidenden Transformationsprozesse ablaufen und auf die es deshalb gerade ankommt. Auch gibt es in der DDR Wirtschafts- und Unternehmensverbände erst in Ansätzen, mithin fehlen die in der Bundesrepublik sehr differenzierten Verbandsstatistiken. Die Informationen müssen somit auf andere Weise, und zwar von der Statistik selbst, zusammengetragen werden.

Zu beachten ist auch, daß die Anforderungen an die Statistik in der DDR zum Teil größer sein werden als in der Bundesrepublik. Die DDR-Statistik muß grundsätzlich zwei Aspekten gerecht werden, das sind langfristige Kontinuität und kurzfristige Aktualität der Berichterstattung. Ich bin sicher, daß ich beim zweiten Aufgabenfeld, der kurzfristigen Aktualität, generell auf Zustimmung stoße. Zunächst mochte ich jedoch den Aspekt „langfristige Kontinuität“ behandeln, der mir fast ebenso wichtig zu sein scheint.

Langfristige Kontinuität ist keinesfalls nur von Bedeutung für die Wirtschaftsgeschichte, wenngleich auch dieser Aspekt hervorgehoben werden muß. Die Transformation von Planwirtschaft zu Marktwirtschaft ist ein so einmaliger Vorgang, daß er für die Geschichtsschreibung im einzelnen mit Daten dokumentiert werden sollte. Dazu wäre es schade, wenn die Statistik jetzt plötzlich die Bücher zuklappt und mit neuer Abgrenzung, neuer Systematik und neuer Methode eine neue Rechnungsführung, beginnend mit dem „Tag Null“, in Angriff nimmt.

Es wäre auch schade, wenn die vielen früher nicht publizierten Daten über die DDR-Wirtschaft jetzt endgültig in den Kellern verschwinden. Sicherlich ist inzwischen vieles greifbar und einzusehen. Eine richtige Dokumentation über die historische Zeit der Planwirtschaft in der DDR wäre aber zu wünschen. Vieles davon wäre auch nützlich für aktuelle Entscheidungen, zum Beispiel die Bereitstellung der Daten aus der Arbeitsstättenzahlung vom 31. Dezember 1987, außerdem Informationen über Kostenstrukturen und Abgabenbelastung.

Kontinuität ist auch wichtig für die Analyse der gesamten Entwicklung und damit für die Wirtschaftspolitik. Ein Beispiel dafür ist das Problem der strukturellen Entwicklung und des Strukturwandels. In der Bundesrepublik gibt es seit mehr als zehn Jahren die sogenannte Strukturberichterstattung der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Das Statistische Bundesamt hat dazu beigetragen, die statistische Basis dafür zu erweitern. Die Regierung erwartet die Erarbeitung empirischer Grundlagen für eine Analyse der strukturellen Entwicklung und in diesem Zusammenhang auch Politikberatung. Die bisherigen Arbeiten haben unser Wissen auf diesem Gebiet erheblich vergrößert. Der Struk-

turwandel der DDR-Wirtschaft wird sicherlich ein noch größeres Feld für Analysen sein müssen. Strukturwandel ist jedoch nur mit langen Reihen zur Wirtschaftsentwicklung zu erfassen. Das gleiche gilt auch für die regionale Struktur: Nur auf der Basis einer kontinuierlichen Berichterstattung in diesem Bereich sind die Grundlagen für eine regionale Strukturpolitik zu erarbeiten.

Die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Berichterstattung läßt sich auch im einzelnen an vielen Punkten festmachen. Hier sei nur das spezielle Feld des Außenhandels erwähnt.

Die Statistik des Außenhandels der DDR in der früheren Form war besonders undurchsichtig. Export und Import wurden in der sogenannten Valuta-Mark ausgewiesen. Das war eine statistische Recheneinheit, deren Relation zur Binnenmark der DDR nicht bekannt gemacht worden ist. Die Handelsströme mit dem sozialistischen und mit dem nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet wurden rein willkürlich bewertet. Im Ergebnis kam für den Handel mit den sozialistischen Ländern ein Anteil von 67 % heraus, der nahtlos zu den politisch propagierten Zielen paßte. Jetzt ist eine Neuberechnung vorgelegt worden, die nicht mehr auf Valuta-Mark, aber auf eine ebenfalls fiktive Recheneinheit, den Valuta-Gegenwert, abstellt und einige Verzerrungen ausgemerzt hat. Der Handel mit den RGW-Ländern hat jetzt nur noch einen Anteil von 41 %. Der Handel mit den kapitalistischen Industrieländern dagegen hat nach der neuen Berechnung einen Anteil von 51 % (früher waren es 27 %). Die neue Berechnung gibt es bisher unmittelbar nur für das Jahr 1989. Für die Zeit davor ist die Entwicklung unbekannt. Jetzt besteht die Gefahr, daß mit einem Neubeginn der Berichterstattung sämtliche Vergleichbarkeit zu früheren Reihen abhanden kommt. Da die Außenhandelsverflechtung in vieler Beziehung auch für die zukünftige Entwicklung von Bedeutung sein wird, ist eine längere Reihe für die Vergangenheit, am besten in Mark der DDR, unbedingt notwendig. Sonst gibt es überhaupt keine Möglichkeit mehr, Export- und Importquoten zu vergleichen.

Ein weiterer Punkt ist die Statistik des innerdeutschen Handels. Mit der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli gibt es den innerdeutschen Handel in seiner bisherigen Form nicht mehr. Zwar verliert das Berliner Abkommen aus dem Jahr 1951 nicht sofort seine Gültigkeit, die bisherigen Instrumente dieses Handels, wie die Verrechnungseinheit, der Swing und insbesondere der Warenbegleitschein, werden aber von dem Tag an, an dem die D-Mark auch in der DDR zum alleinigen Zahlungsmittel wird, nicht mehr benötigt. Dann ist es aber auch schwierig, den Handel zwischen den beiden deutschen Teilstaaten statistisch zu erfassen. In der gegenwertigen Diskussion ist die Lücke, die damit entsteht, offenbar noch gar nicht zur Kenntnis genommen worden. Zur Zeit ist es eine offene Frage, wie sich die Nachfrage der DDR-Bevölkerung entwickeln wird. Es wird die Gefahr gesehen, daß die Konsumenten nach den langen Jahren der Abschottung von westlichen Waren jetzt in erster Linie nach Westprodukten verlangen werden und alle heimischen Produzenten auf ihren Produkten „sitzen bleiben“. Eine zweite Frage ist, ob die westlichen Lieferanten die DDR lediglich als Absatzmarkt sehen, oder

ob dort vom Westen auch investiert und produziert wird. Ohne eine Statistik über den Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist eine Analyse der Warenströme nicht vorzunehmen. Somit besteht großer Bedarf an einer Kontinuität der Berichterstattung gerade in diesem Bereich.

Der dritte Punkt sind die Handelsbeziehungen der DDR zu den anderen RGW-Ländern, insbesondere zur Sowjetunion. Wie dargelegt, hatte die DDR-Statistik gerade in diesem Bereich außerordentliche Defizite. Es ist nicht sicher, auf welche Weise die RGW-Länder ihren zukünftigen Außenhandel organisieren und mit welchen Preisen und in welcher Währung sie abrechnen. Der Versuch einer kontinuierlichen Berichterstattung sollte jedoch hier vorgenommen werden. Schließlich ist im Staatsvertrag gerade für diesen Teil des DDR-Außenhandels die Zusage des Vertrauensschutzes abgegeben worden. Deshalb sollte man wissen, welche Richtung im Zuge der Veränderungen die Entwicklung dieses Handels nimmt.

Darüber hinaus halte ich es für sinnvoll, für die wichtigen volkswirtschaftlichen Reihen eine Kontinuität herzustellen. Das gilt zum Beispiel für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die — wenn möglich — noch für die Übergangsperiode auch nach MPS dargestellt werden sollte. Ebenso wichtig sind die Reihen der Industrieproduktion. Darüber hinaus sollte so weit wie möglich versucht werden, „Umsteigeschlüssel“ zu liefern, damit die Kontinuität weitgehend hergestellt werden kann.

Mein letzter Punkt ist die Frage der Aktualität, die für die DDR-Statistik besonders vordringlich ist. Dies ist unmittelbar einleuchtend: Die entscheidenden Veränderungen auf dem Weg von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft werden sich jetzt, nach dem Übergang zur Währungsunion, auf eine sehr kurze Zeitspanne konzentrieren. Während der nächsten Monate wird sich herausstellen, wie sich die materielle Lage der Bevölkerung entwickelt, welche Betriebe überlebensfähig sind, wieviel Arbeitslose, Kurzarbeiter, Abwanderungen und Pendler es geben wird. Alle diese Informationen sind notwendig, um den Prozeß der Transformation zu steuern und die notwendigen Maßnahmen gegen überschießende Reaktionen zu finden.

Damit muß die DDR-Statistik mehr leisten als die Bundesstatistik, sie muß auch andere Methoden anwenden. Große umfassende Erhebungen sind angesichts dieser Lage vermutlich nur begrenzt möglich und nötig. Es geht vielmehr um schnelle und kurzfristig abrufbare Informationen, also um die monatliche Berichterstattung über Produktion, Beschäftigung, Aufträge, außerdem um die breite Anwendung von Stichprobenverfahren. In der Bundesrepublik ist der Mikrozensus eine jährliche Erhebung; aber auch hier ist der monatliche Einsatz dieser Methode schon erwogen worden. Für die DDR wäre diese Handhabung sicher die brauchbarste Lösung, um einen aktuellen Überblick über Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Einkommenslage in den Haushalten zu gewinnen. Sicher ist auch eine gezielte Zusammenarbeit mit der nichtamtlichen Sozial- und Wirtschaftsforschung empfehlenswert, um die Bereiche für die jeweiligen Aktivitäten abzustimmen, Doppelarbeit zu vermeiden und die Informationsbasis zu verbreitern.

tern Auch das DIW ist in diesem Bereich schon aktiv; in seinem sozioökonomischen Panel läuft derzeit eine Befragung von 2 000 Privathaushalten. Ab Oktober sind hier Daten zur Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur zu erwarten Mit dieser heutigen Veranstaltung wird jedoch demonstriert, daß die wichtigste Grundlage für die umfangreiche Arbeit in der DDR-Statistik sicher vorhanden ist. Das ist die Zusammenarbeit der beiden Teile Deutschlands auch auf diesem Gebiet. Ich wünsche Ihnen bei Ihren Planungen und der Durchführung viel Erfolg.

Dr Doris Cornelsen

Vorstellungen der Wirtschaft zum vordringlichen Informationsbedarf über die DDR und die aus ihrer Sicht zu treffenden Maßnahmen

EG-Erfahrungen setzen Maßstäbe

Auf der letztjährigen Tagung diskutierte der Statistische Beirat das europäische Statistikkonzept ab 1993 und seine Folgerungen für die Bundesrepublik. Wer den Weg nach Europa 30 Jahre mitgegangen ist, weiß um die Mühen, nationale Besonderheiten in ein nur stufenweise sich entfaltendes europäisches Statistiksistem zu integrieren. Die Verhandlungen zum Beispiel zur EG-Binnenhandelsstatistik belegen aktuell die Anpassungs- und Umstellungsschwierigkeiten zwischen den EG-Partnern. Was hilft es den Statistikern, ja selbst der EG-Kommission, wenn aus fiskalpolitischer Sicht das alte Bestimmungslandprinzip vor dem des Ursprungslandes nach wie vor priorisiert wird? Von einer wirklichen Wirtschafts- und Währungsunion sind wir noch weit entfernt. Zu ihr gehört die umfassende Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte — Bedingung auch für eine europäische Statistik, die ihren Namen verdient. Andererseits ist festzuhalten, daß sich das Europa der Wirtschaft zum Teil schneller entfaltet als nationale Administration und Politik

Europäische Statistik hat es schwer, diesem Prozeß gerecht zu werden. Aus wirtschaftlicher Sicht sind ihre Stati-

stiken nur so viel wert, wie sie für Analysen und unternehmerische Entscheidungsprozesse hilfreich sind.

Wie ideal wäre es, wenn bei der Artikulation wirtschaftlicher Vorstellungen zum Informationsbedarf über die DDR wenigstens von EG-analogen Bedingungen und Erfahrungen ausgegangen werden könnte! Die Statistikkonzepte neuer EG-Mitglieder waren einsichtig und auf ihre Aussagefähigkeit schnell nachprüfbar; wie anders bei der DDR-Statistik.

Bei der DDR-Statistik betritt der Statistiker der Bundesrepublik absolutes Neuland

Vergleiche mit der Statistik bis 1945 greifen nicht, galten doch während dieser Zeit zum Beispiel noch Bürgerliches und Handelsgesetzbuch als Legalisierung wirtschaftlicher Freiräume. Die DDR-Verordnung über das Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 20. Oktober 1966 band hingegen ausnahmslos alles an die zentralverwaltungswirtschaftliche Ideologie des Sozialismus (siehe § 1 [3]). Gewaltenteilung und -kontrolle waren ihr fremd; Legislative und Exekutive setzten gemeinsam durch Unterschriften das Statistikgesetz in Kraft. Amtliche Statistik ist hier auch zuständig für das betriebliche Rechnungswesen; Statistik ist Betriebswirtschaft und Betriebswirtschaft Statistik. Unternehmensbilanzen waren kein Zertifikat unternehmensindividueller Entscheidungen, sondern Reflex staatlicher Zentralplanung (hierzu mehr in: Die Buchhalter haben ihre eigene Terminologie für das Rechnungswesen und den Jahresabschluß entwickelt, von W. Schruff/W. Freygang in Sonderbeilage zum Handelsblatt Nr. 48 vom 8. März 1990, S. B 36). Markt fand nicht statt; Kernstück der Statistik waren Produktbilanzen, in denen „gesellschaftlich erwünschte“ und mengenmäßig erforderliche Güterproduktionen festgeschrieben wurden. Dienstleistungen gehörten nicht zur Wertschöpfung; die Bewertung von DDR-Unternehmen stützte sich ausschließlich auf physische (Mengen-) Einheiten, wie zum Beispiel Arbeitskräftezahl, Stundenzahl, Stückzahlen und Tonnen oder Alter des Maschinenparks. Preise waren Ausdruck politisch vorgegebener Knappheitsverhältnisse, und Geld hatte nur die Aufgabe, „der Warenwelt das Material ihres Wertausdrucks zu liefern oder die Warenwerte als gleichmäßige Größen darzustellen“ (Karl Marx)

Die Diskussion um die Warentheorie des Geldes wie überhaupt um Begriffs- und Definitionsinhalte für Statistik und Betriebswirtschaft aus der Sicht sozialistischer Ideologie ist wohl endgültig — auch wissenschaftlich, theoretisch — abgeschlossen. Der Vertrag über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion setzt in jeder Beziehung nun einen kompromißlosen Neuanfang. Den Vorstellungen der Wirtschaft zum vordringlichen Informationsbedarf über die DDR liegen marktwirtschaftliche Verfassungs- und Ordnungsvorstellungen zugrunde.

Betriebliches Rechnungswesen — Auskunftsquelle, nicht Bestandteil der Statistik

Ob „progressive Momente der theoretischen und praktischen Arbeit der Statistik der DDR“ im Sinne von Prof. G.

Heske (Sonderdruck als Beilage in WiSta 4/1990. „Statistik der DDR im Umbruch“) in einem Neuanfang wirklich einzubringen sind, muß bezweifelt werden. Denn wenn der „Entwicklungsstand der Statistik in der DDR durch das in der Vergangenheit geschaffene System von ‚Rechnungsführung und Statistik‘ bestimmt“ wird, sind Bedenken aus unserer Sicht voll gerechtfertigt. Es geht nämlich genau um die Entkopplung von Statistik und Betriebswirtschaft, ohne die eine Anwendung unseres Statistiksystems in der DDR nicht möglich ist. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR hat dies bereits sehr früh erkannt. In einem Brief ihrer Abteilung Rechnungsführung und Statistik der Betriebe und Kombinate vom 23. Januar 1990 an den BDI heißt es: „Die eingeleitete Wirtschaftsreform in der DDR stellt auch das betriebliche Rechnungswesen vor neue Aufgaben. So ist beispielsweise die vorherrschende Ausrichtung auf volkseigene Eigentumsformen zu überwinden, die Rechnungslegung für gemischte Unternehmen ist zu konzipieren, und die Gründung einer Berufsvereinigung steht auf der Tagesordnung. Unternehmen aller Rechtsformen benötigen ein hochentwickeltes Rechnungswesen, insbesondere eine aktuelle, aussagefähige und international angepaßte Kostenrechnung bis hin zu Bilanzen sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung.“ Der Bitte um kollegiale Zusammenarbeit wurde inzwischen entsprochen; der BDI-Industriekontenrahmen und die Empfehlungen zur Kosten- und Leistungs-Rechnung bilden die Grundlage des Dialogs.

Der Statistiker ist gut beraten, sich von dem Wunsch Prof. Heskes nach „durchgängiger Einheitlichkeit und Verbindlichkeit für alle Ebenen, angefangen in den Betrieben, Unternehmen, Institutionen und Einrichtungen bis zur gesamten Volkswirtschaft“ zu trennen. Die amtliche Statistik hat nicht die Aufgabe, Zielvorstellungen für die Rechnungsführung vorzugeben; die auf gesetzlicher Eigentumsordnung basierenden Unternehmen haben vielmehr ihr Rechnungswesen auf individuelle Unternehmenszwecke im Rahmen der gesellschafts- und steuerrechtlichen Vorgaben autonom zu orientieren. (Noch gelten übrigens in der DDR das Handels- und Gesellschaftsrecht in der Fassung von 1937.) Der Einheitskontenrahmen, stiller Wunsch mancher Statistiker als einheitliche unternehmerische Auskunftsquelle, ist tot. Richtschnur ist nunmehr das Bilanzrichtliniengesetz vom 1. Januar 1986, welches die Durchführung der Richtlinie des EG-Ministerrats über den Jahresabschluß in der Bundesrepublik vorschreibt. Alle EG-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, ihre nationalen Rechte bis zum 31. Dezember dieses Jahres anzupassen, so daß die neuen Vorschriften ab 31. Dezember 1992 EG-weit angewendet werden. Die Vorschriften über die Anpassung des deutschen Rechts sind schwerpunktmäßig im Handelsgesetzbuch aufgenommen. Sie haben den Interessen der Gläubiger, Gesellschafter und Kreditinstitute zu dienen, von amtlicher Statistik ist keine Rede.

Nach Beschluß des Ministerrats der DDR vom 8. März dieses Jahres über die Verantwortung, Aufgaben und Rechte des Statistischen Amtes der DDR im Erneuerungsprozeß ist noch in diesem Jahr ein Gesetzentwurf über die Statistik der DDR vorzulegen. Dem Statistischen Amt obliegt es jedoch schon jetzt, „entsprechend dem Programm

der EG 1989—92 die Koordinierung in den Bereichen Statistik und Rechnungswesen so vorzunehmen, daß die Kohärenz auf den Gebieten Statistik und Rechnungswesen bereits ab dem Zeitpunkt des Entstehens der Projekte amtlicher Statistiken garantiert ist“ (II.7). Nach unserem Rechtsbewußtsein ist es aber undenkbar, daß das Statistische Amt gemäß (I 2.b) des zitierten Gesetzes verantwortlich ist für „die rechtliche Regelung von Grundsätzen der Rechnungslegung und des Rechnungswesens für Einzelunternehmen, Gesellschaften und Betriebe sowie Genossenschaften aller Bereiche und aller Eigentumsformen unter besonderer Berücksichtigung des Gesellschafts- und des Steuerrechts und die Herausgabe von Kontenrahmen für die Unternehmen und Genossenschaften als Rahmenanforderung für eine lückenlose Nachweisführung der Geschäftsvorfälle, der Vermögenswerte und als Grundlage für die Aufstellung der Bilanzen sowie der Gewinn- und Verlustrechnungen“.

Rechtliche Regelungen von Rechnungslegungsgrundsätzen wie die entsprechende Vorgabe eines Kontenrahmens können nur Sache des Gesetzgebers, mithin des Handels- und Gesellschaftsrechts wie einer im Rahmen des gesetzlichen Ermessensspielraums möglichen freien Vereinbarung sein, nie aber Angelegenheit amtlicher Statistik — eine gewiß nicht nur von der Wirtschaft einzufordernde Maßnahme gegenüber der DDR. Gewaltenteilung und Arbeitsteilung zwischen Wirtschaftsrecht, amtlicher Statistik und freiem Unternehmertum schaffen auch erst die Legitimation, meinungsbildend Vorstellungen zu einem bestimmten Informationsbedarf aus partieller Sicht von der Wirtschaft vorzutragen.

Keine Wirtschaftsinformationen ohne vergleichbare Bedingungen

Die bisherigen Ausführungen erhalten ihre besondere Motivation durch die für uns selbstverständliche Tatsache, daß das Rechnungs- und Anschreibwesen der Unternehmen die Auskunftsbasis für statistische Befragungen ist. Es sei nochmals betont, daß das Rechnungswesen der Publizitätspflicht des Gesellschaftsrechts zu entsprechen hat, die statistische Auskunftspflicht ist aus gutem Grund durch eine eigene Statistikgesetzgebung geregelt. Der Gesetzgeber trennt scharf die Ziel- und Zwecksetzungen beider Bereiche. Methodisch sind Kostenstrukturstatistik und Material- und Wareneingangserhebung gemäß Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe wiederum Beispiele für eine gelungene Verzahnung von betriebswirtschaftlichem Rechnungswesen und Statistik.

Wenn infolge der Vereinigung der zwei deutschen Staaten nach Artikel 23 des Grundgesetzes und nach B II 7 des Gemeinsamen Protokolls über Leitsätze des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion unsere Statistikgesetze auch für die bisherige DDR voll zur Geltung kommen, erubrigt es sich im Grunde, noch Vorstellungen aus der Sicht der Wirtschaft zu einem vordringlichen Informationsbedarf über die DDR einzubringen. Das Paket ist gut geschnürt, es ist zu öffnen und anzuwenden. Man könnte versucht sein, gleich an die Diskussion um die Weiterentwicklung der amtlichen Stati-

stik, vor allem unter EG-Gesichtspunkten anzuknüpfen. Bei Vereinigung nach Artikel 23 gilt übrigens sofort das gesamte EG-Gemeinschaftsrecht, es sei denn, zuvor seien Vereinbarungen mit der Gemeinschaft über Ausnahmen und Anpassungen getroffen worden. Formalrechtlich ist dieser Gedanke gewiß unanfechtbar. Ob man damit aber schon den Realitäten in Unternehmen und bei den statistischen Diensten gerecht wird, muß bezweifelt werden. Insbesondere sind aus der Sicht auskunftspflichtiger Unternehmen Umstellungs- und Lernzeiten einzuraumen.

Nach dem Treuhandgesetz sind bis zum 1. Juli dieses Jahres 8 000 Kombinate und Volkseigene Betriebe in Kapitalgesellschaften umzuwandeln und zu privatisieren. Gemäß Anlage II Abschnitt III des zitierten Staatsvertrages setzt die DDR u. a. unser Aktiengesetz, GmbH-Gesetz und das erste bis dritte Handelsgesetzbuch in Kraft und schafft damit die gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen für eine statistische Gliederung der Erhebungen und Ergebnisse nach Unternehmens- und Betriebseinheiten. Unsere Wirtschaftszweignomenklaturen beruhen auf einer international abgestimmten Aktivitätsanalyse und -zuordnung von Unternehmen. Sie sind Gliederungsschlüssel für sektorale Statistikinformationen. Da die Privatisierung nach dem Treuhandgesetz gegenwärtig mit einer Grundungswelle von Firmen in der DDR einhergeht, dürfte es gegenwärtig nicht einfach sein, ein akuelles sektorales Firmenregister zu erstellen, welches Bedingung für die Auswahl repräsentativer Gesamtheiten einzelstatistischer Erhebungen ist. Da anzunehmen ist, daß sich auch in der DDR Bundesländer mit eigenen statistischen Ämtern bilden, wird dieses Problem um die regionale Komponente noch einmal komplizierter.

Das bereits zitierte Bilanzrichtliniengesetz von 1986 gibt des weiteren Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften vor, und Anlage I Art. 7 des Gemeinsamen Protokolls über die Leitsätze zum Staatsvertrag verschafft über die Regelung der DM-Eroffnungsbilanz den Einstieg in eine marktwirtschaftlichen Realitäten entsprechende Substanzbewertung und Leistungs- wie Erlösorientierung. DDR-Unternehmensbilanzen mit falschen Wertansätzen kommen wohl nicht als seriöse Informationsbasis für eine statistische Leistungs-(Wertschöpfungs-)Berechnung in Frage. Man kann hier wohl kaum von sogenannten systematischen statistischen Fehlern sprechen. Denn der Statistiker kann nur dann richtig zählen, wenn die Auskunftsrealitäten von Unternehmenseinheiten betriebswirtschaftlich richtigen Wertansätzen entsprechen. Es bleibt zudem noch zu prüfen, ob die Definitionen laut Anordnung über die Rechnungsführung und Statistiken in den Betrieben und Kombinat von 6. August 1985 oder die in den Erläuterungen für Steuererklärungen Gewerbetreibender mit unseren Begriffsinhalten übereinstimmen oder nicht. Selbst bei formaler Identität bleibt die Frage, ob staatswirtschaftliche Planzahlen und -ergebnisse mit marktwirtschaftlichen Ist-Zahlen bedenkenlos verglichen werden können. Zahl ist eben nicht Zahl — Zahl ist vielmehr Rechenzeichen, nicht jedoch schon wirtschaftliche Wirklichkeit. Die von Frau Dr. Cornelsen vorgetragene Bedenken bezüglich der Zuverlässigkeit der DDR-Statistik in unserem Sinn müssen wohl sehr ernst genommen werden.

Wirtschaftsstatistik und Wirtschaftsordnung

Vorstellungen über einen vordringlichen Informationsbedarf über die DDR aus Sicht der Wirtschaft entwickeln ist also mehr, als nur einen Katalog statistischer Wünsche zu formulieren. Es wäre unseriös, wenn mit ihnen nicht gleichzeitig die Voraussetzungen in der Wirtschaft selbst für statistische Informationen beim Namen genannt würden. Statistik in einem demokratischen Rechtsstaat marktwirtschaftlicher Ordnung ist Hol- und Bringschuld zugleich; verlässlichen Erhebungs- und Aufbereitungsmethoden amtlicher Statistik müssen verlässliche Auskunftsbasen vorausgehen. Der Gesetzgeber vermag vieles zu regeln, eine Motivation zur Statistik wird allein durch die „Verbraucherfreundlichkeit“ amtlicher Statistik vermittelt. Hier muß die DDR-Amtsstatistik angesichts ihrer Identität mit dem alten Regime grundsätzlich umdenken: Neutralität, Objektivität und wissenschaftliche Unabhängigkeit im Sinne des § 1 unseres Bundesstatistikgesetzes wollen gelernt sein. Der werbend informativen Begleitung der zur Auskunft Verpflichteten durch die Statistischen Dienste steht die Öffentlichkeitsarbeit der amtlichen Statistik zur Seite. Eine aktualisierte gesetzliche Geheimhaltungsregelung gewährleistet auch die statistische Auswertung unternehmerischer Einzelangaben, ohne den Marktwettbewerb zu beeinträchtigen. Rechtsschutz ist grundsätzlich immer auch Schutz vor staatlicher Willkür. Unsere Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung ist übrigens nach dem Willen der Vater unserer Sozialen Marktwirtschaft eine Veranstaltung der Rechtsordnung (s. Franz Böhm). Kernfrage ist, wie Macht jedweder Art zu verhindern und zu kontrollieren ist. Der Staat gibt die Formen, in denen gewirtschaftet wird, vor, ohne den Wirtschaftsprozeß selbst zu führen. Das ist angewandtes Subsidiaritätsprinzip. Es hat auch für den Statistik-Informationsmarkt zu gelten. Der Ökonom spricht von der Interdependenz der Prinzipien und Ordnungen; Statistik ist hier nicht ausgenommen. Zu einer marktorientierten Wirtschaft paßt kein statistischer Staatszentrismus. Darum kann es grundsätzlich auch keine Trennung zwischen statistischer Analyse und sogenannten politischen Konsequenzen geben. Es kann dem Statistiker, hier dem Wirtschaftsstatistiker, nicht gleichgültig sein, welche Schlußfolgerungen aus seinen statistisch aufbereiteten Einzelangaben gezogen werden. In der statistischen Erhebung und Aufbereitung — siehe DDR-Praxis der letzten Jahre — offenbart sich eben oft genug auch politische Zielsetzung.

Zu einzelnen Informationsvorstellungen der Wirtschaft

Nachdem die Probleme der Umstellung der DDR-Statistik umschrieben worden sind, sollen zum Schluß einige Vorstellungen der Wirtschaft zum vordringlichen Informationsbedarf konkretisiert werden. Ausgang der Überlegungen ist, daß Statistik die Wirtschaftsstrukturen und Prozeßverläufe analytisch begleiten soll. Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion setzt einen Neuanfang. Eine statistische Aufbereitung der Vergangenheit ist nur noch für den Historiker von Interesse, zumal ein Vergleich infolge des Systemunterschieds mehr als schwierig ist.

- Darum sollte analog der DM-Eröffnungsbilanz für Unternehmen in der DDR eine Statistik-Eröffnungsbilanz u. a. in Form einer Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzahlung begleitet werden. Sie ist Voraussetzung für sektorale und regionale Standortanalysen zu Investitionsentscheidungen. Arbeitsmarktrelevante Informationen treten somit neben Kapitalstockwertansätze für eine zwischen der Bundesrepublik und der DDR abgestimmte Sozialproduktberechnung.
- Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bedingt gleichzeitig die Freigabe der Preise für Unternehmens- und Marktentscheidungen. Preisstabilität wird nunmehr durch Wettbewerb und nicht durch Staatsdirigismus angestrebt. Ihre Beobachtung obliegt den Preisindizes der amtlichen Statistik, welche Orientierung für eine der Geldwert- und Preisstabilität verpflichteten Wirtschaftspolitik ist. Der Informationswunsch der Wirtschaft zielt hier angesichts der im Preis sich ausdrückenden Anpassungsprozesse sowohl auf den Preisindex für die Lebenshaltung als Inflationsindikator wie auch auf die Erzeugerpreisindizes als Deflator bei Produktivitätsmessungen, nicht zuletzt auf den Preis generell als Marktindikator.
- Die Ablösung der DDR-Planwirtschaft durch ein dezentrales Marktsteuerungssystem für unternehmerische Einzelpläne bedingt auch eine Überprüfung und Umorientierung der Wirtschaftszweig- und Produktsystematiken. Hierzu wurde schon einiges ausgeführt. Die Produktionsstrukturen sind an den aus internationalen statistischen Standards abgeleiteten Einteilungs- und Zuordnungskriterien zu messen. Die Übernahme dieser Konzeptionen ist Voraussetzung für jedwede Vergleichbarkeit statistischer Indikatoren und Indizes, die insbesondere in sektoraler und regionaler Aufgliederung für die Wirtschaft von Bedeutung sind.
- Neben statistischen Informationen über den Aufbau eines Wohnungsmarktes wie auch einer Verkehrs-, Energie- und ökologisch orientierten Infrastruktur (siehe hierzu Anlagen mit detaillierter Auflistung) ist in Ergänzung zur Preisstatistik die Lohn- und Einkommensstatistik von besonderer Bedeutung, um Kaufkraftveränderungen aus stabilitätspolitischen Gesichtspunkten kurzfristig Rechnung tragen zu können.
- Weiterhin kommt der Außenhandelsstatistik — ergänzt durch eine Bankenbilanzstatistik — für währungspolitische Entscheidungen und Marktanalysen eine besondere Bedeutung zu.
- Darüber hinaus sollte die Statistik für den Wirtschaftsraum der DDR auch die Konzeptionen in ihre Anpassungsprobleme mit aufnehmen, welche bei uns als Weiterentwicklung der amtlichen Statistik, zum Beispiel für den Energie-, Umwelt- und Dienstleistungsbereich, diskutiert werden.
- Neben der amtlichen Statistik empfiehlt sich, je nach Bedarf, als Ergänzung zur amtlichen Statistik, eine pri-

vat organisierte Statistik aufzubauen, wie sie sich in der Bundesrepublik zum Beispiel in den Ifo-Testerhebungen oder in den F u. E-Statistiken herausgebildet hat. Auf diese Weise wird arbeitsteilig speziellen Informationswünschen der Wirtschaft Rechnung getragen.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß sich jede amtliche wie private Wirtschaftsstatistik letztlich als Baustein eines statistischen Systems versteht. Das Gesamtsystem steht für Plausibilität, Konsistenz und Kohärenz. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gibt hierfür den Rahmen und die Orientierung.

Dr. Karl Heinz Freitag

Bundesvereinigung
der Deutschen
Arbeitgeberverbände

**Prioritätenliste zur Angleichung der DDR-Statistik an die Statistik der
Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Einkommens- und
Sozialstatistiken**

Aus der Sicht der Bundesvereinigung ist der Aufbau bzw. die Angleichung folgender Statistiken für das Gebiet der DDR wünschenswert:

- I. Tarif- und Effektivverdienste, Arbeitskosten
 - 1. Statistik der Löhne und Gehälter in Industrie und Handel, gegliedert nach Leistungsgruppen, Geschlecht, Wirtschaftszweigen und Ländern
 - 2. Statistik der Tariflöhne und -gehälter, gegliedert nach Wirtschaftszweigen
 - 3. Index der Tariflöhne und -gehälter auf Stunden- bzw. Monatsbasis, gegliedert nach Geschlecht und Wirtschaftszweigen
 - 4. Statistik der Personal- und Personalnebenkosten (Arbeitskostenerhebung) in Industrie, Handel, Kreditinstituten und Versicherungen, unterteilt in gesetzliche Personalzusatzkosten sowie in tarifliche und freiwillige Personalzusatzkosten
 - 5. Lohn- und Gehaltstrukturerhebung
- II. Indizes der Arbeitsproduktivität je Beschäftigtem und je Beschäftigtenstunde im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
- III.
 - 1. Preise und Preisindizes der Lebenshaltung
 - 2. Statistik der Erzeugerpreise
 - 3. Statistik der Grundstoffpreise
 - 4. Preise der Ein- und Ausfuhr
- IV. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Gesamtsystem)
- V. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
- VI. Mikrozensus
- VII. Separate Statistiken für die einzelnen Sozialversicherungszweige — Renten-, Kranken- und Unfallversicherungen — jeweils unterteilt in die Merkmale Finanzierung bzw. Einnahmen (Niveau und Struktur), Ausgaben bzw. Leistungen (Niveau und Struktur) sowie Mitglieder bzw. Versicherte (Bestand und Struktur)
- VIII. Zusammengefaßte Statistik über die gesamten Sozialleistungen („Sozialbudget-Statistik“) unterteilt in Funktionen u. a. Ehe und Familie, Gesundheit, Beschäftigung, Alter und Hinterbliebene, in Leistungsbereiche u. a. Allgemeine und Sondersysteme (Arbeitgeberleistungen, soziale Hilfen und Dienste, direkte und indirekte Leistungen) sowie in Finanzierungsarten und -quellen — u. a. Sozialbeiträge und öffentliche Mittel bzw. Gebietskörperschaften, private Haushalte und Unternehmen (Niveau und Struktur)

Bautätigkeit

Hier kommt es darauf an, möglichst bald die einfachen Grunddaten über die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft, aufgeteilt nach den verschiedenen Produktionsbereichen, zu erhalten, ebenso die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, untergliedert nach Bauarten. Auch die ausgezahlten Lohn- und Gehaltssummen sollten möglichst schon im Anfangsstadium mit erfaßt werden. Das gleiche gilt für die einzelnen Kategorien der Baubeschäftigten.

Die Erhebungen sollten möglichst monatlich erfolgen, wobei für kleinere Handwerksbetriebe von vornherein Stichprobenerhebungen vorgesehen werden sollten.

Als bald sollten Angaben über die Rechtsform der Bauunternehmen zur Verfügung stehen, um deren Entwicklung aktuell beobachten zu können (Privatisierung usw.).

Kostenstrukturerhebungen

Von zentraler Bedeutung für eine künftige Aufwärtsentwicklung der DDR-Bauwirtschaft ist die Kenntnis der Kosten. Folglich muß auch sehr bald eine Kostenstrukturstatistik in die Wege geleitet werden.

Nachfragestatistiken

Hier bietet sich zunächst eine Auswertung des bereits in der DDR bestehenden Systems der Erteilung von Baugenehmigungen an, aufgeteilt nach den verschiedenen Bauwerksgruppen.

Finanzstatistik

Je nach den sich entwickelnden Vergabestrukturen sollten rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, um die öffentlichen Ausgaben für Baumaßnahmen zu erfassen.

Baupreisstatistik

Hier ist der Zeitpunkt noch zu früh, um aktuelle konkrete Vorschläge zu machen. Die statistische Entwicklung wird sich an den Fortgang des Liberalisierungsprozesses anpassen müssen. Bisher wurden in diesem Bereich völlig andere Gesichtspunkte angewendet.

Erfassung von Modernisierung und Instandsetzung

Während es in der Bundesrepublik Deutschland bislang hierüber keine amtlichen statistischen Angaben gibt, kann erfreulicherweise die DDR hier mit interessanten Aufgliederungen aufwarten. Hier liegt also ein Bereich vor, wo Erfahrungen aus der DDR für die Bundesrepublik übernommen werden sollten.

Verkehrsinformationsbedarf über die DDR

Statistische Daten über das Strukturgefüge und die Entwicklung des Verkehrsgeschehens sind Voraussetzungen für rationale Entscheidungen in vielen Politikbereichen, insbesondere in der Infrastruktur-, der Verkehrs-Ordnungs- und Sicherheitspolitik, der Wirtschafts-, der Finanz-, der Umwelt-, der Energie- und der Raumordnungspolitik. Erforderlich sind statistische Daten von hoher Zuverlässigkeit, aktueller Verfügbarkeit und umfassender sowie differenzierter Form. In der Bundesrepublik laufen z. Z. Bemühungen für eine Verbesserung der Informations- und Datenbasis im Verkehr (Gutachter Ifo-Institut). Ziel ist es, die bestehenden Schwachstellen und Defizite des verkehrsstatistischen Berichtssystems so zu beheben bzw. abzumildern, daß die wesentlichen Anforderungen an Umfang, Differenzierung, Aktualität und Zuverlässigkeit erfüllt werden können. Es bietet sich an, diese Arbeiten übergreifend für DDR und Bundesrepublik voranzutreiben.

Aus der Sicht der Automobilindustrie richtet sich der Informationsbedarf vor allem auf den Bestand, die Bestandsveränderungen (Zulassungen, Besitzumschreibungen, Löschungen) und die Nutzung von Automobilen.

Als notwendig erachten wir Verkehrsstatistiken zu folgenden Datenbereichen:

- * Produktionsgrundlagen
 - Verkehrswege und Umschlagplätze
 - Unternehmen und Erwerbstätige
 - Fahrzeuge
- * Verkehrsangebot und -nachfrage im Personenverkehr
 - Individualverkehr
 - Schienenverkehr
 - Luftverkehr
 - verkehrsträgerübergreifende Aspekte
- * Verkehrsangebot und -nachfrage im Güterverkehr
 - Straßengüterverkehr
 - Schienenverkehr
 - Binnenschifffahrt
 - Seeschifffahrt
 - Luftfracht
 - Rohrfernleitungen
 - Kombiniertes Verkehr
 - verkehrsträgerübergreifende Aspekte
- * Wirtschaftliche Daten
 - Kosten
 - Preise
 - Einnahmen

Energieinformationsbedarf über die DDR

Kurzdarstellung der Energiebilanz der Bundesrepublik Deutschland

Die detaillierte Analyse und Prognose von Struktur und Entwicklung des Energieverbrauchs und seiner Deckung ist Vorbedingung für rationale Entscheidungen im Energiesektor. In der Bundesrepublik Deutschland wird die Energiebilanz von der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen erstellt. Sie basiert auf Angaben des Statistischen Bundesamtes zur Energieversorgung des Produzierenden Gewerbes im Rahmen der Industrie-Berichterstattung. Auch die Angaben über den Außenhandel mit Energieträgern entstammen Quellen des Statistischen Bundesamtes. Das BMWi erstellt statistische Berichte über die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft, das Bundesamt für Wirtschaft die Mineralölstatistik. Diese Statistiken werden ergänzt um Aufzeichnungen der Fachverbände. In einzelnen Fällen muß auf Marktforschungsergebnisse und Schätzungen zurückgegriffen werden.

Die Energiebilanzen bieten für die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesländer eine Übersicht über die energiewirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Aufkommen und Verwendung von Energie, disaggregiert nach den eingesetzten Energieträgern. Die Energiebilanz wird in Form einer Matrix erstellt (siehe Anlage)

Neben den Mengendaten, die für die Erstellung der Energiebilanz erforderlich sind, werden auch wertmäßige Daten erhoben. Im wesentlichen handelt es sich um Ein- und Ausführpreise (Rohöl, Erdgas, Kohle, Mineralölprodukte). Außerdem werden Durchschnittswerte für Strom- und Gaslieferungen veröffentlicht.

Wichtigste Gliederungspunkte der Energiebilanz

I. Primärenergiebilanz

- Inländische Gewinnung
- Einfuhr
- Ausfuhr
- = Primärenergieverbrauch

II. Umwandlungsbilanz

- Umwandlungseinsatz (z. B. in Raffinerien, Kraftwerken)
- Umwandlungsausstoß
- Verbrauch in der Energiegewinnung und in den Umwandlungsbereichen
- Nichtenergetischer Verbrauch von Energieträgern (z. B. Rohstoffeinsatz in der Chemie)
- = Endenergieverbrauch

III. Endenergieverbrauch

- Verarbeitendes Gewerbe
- Verkehr
- Haushalte und Kleinverbraucher
- Militärische Dienststellen

Umweltinformationsbedarf über die DDR

1. Emissions-/Immissionslage

- Luftbelastung insgesamt als
 - Emissionsmengen pro Jahr für Schwefeldioxid, Stickoxide, Staub, Kohlenmonoxid, Kohlendioxid, organische Verbindungen etc., möglichst unterteilt nach Herkunftsbereichen wie Kraftwerke, Fernheizwerke, Industrie, Haushalte und Kleinverbraucher, Verkehr
 - Luftqualität ausgedrückt in z. B. mg SO₂/m³
- Gewässerbelastung (Fließgewässer, Binnengewässer, Ostsee) insgesamt gemessen als
 - Emissionsmengen für Schwermetalle, biologischer und chemischer Sauerstoffbedarf, AOX, Salze etc., möglichst unterteilt nach Herkunftsbereichen (vgl. Luft)
 - Gewässergutesituation der offenen Gewässer sowie Grundwasser
- Abfall
 - Abfallmengen nach Arten (Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Produktionsabfälle etc.) sowie nach Herkunftsbereichen
 - Abfallentsorgung durch Verwertung, Deponierung, Verbrennung etc., Anteile und Mengen sowie Verhältniszahlen z. B. Hausmüll/Kopf
- Boden
 - Flächennutzung (Gewerbe/Industrie, Landwirtschaft, Wohnen, Verkehr)
 - Flächenbelastung

2. Umweltschutzinfrastruktur

- Gewässerschutz
 - Zahl der Kläranlagen
 - Art der Kläranlagen (mechanisch, biologisch, chemische Reinigungsstufe)
 - Haushalte mit Kläranlagenanschluß
 - Industrieanlagen mit Kläranlagenanschluß (betriebseigen oder öffentlich)
 - Abwasseranfall und Art der Abwasserbehandlung in Industrie und privaten Haushalten bzw. Kommunen
 - Versorgungsgrad mit Abwasserbehandlungsanlagen
 - Versorgungsgrad mit Wasserversorgungseinrichtungen
- Abfall
 - Zahl der Entsorgungsanlagen und Kapazität (Deponie, Verbrennung etc.)
 - Versorgungsgrad
- Verkehr
 - Straßennetz, Straßenzustand
 - Eisenbahnnetz, Eisenbahnverbindungen
 - Ausbauplane

3. Umweltschutzmaßnahmen

- Umweltschutzinvestitionen in Industrie und Gewerbe
- Umweltschutzinvestitionen der öffentlichen Hand
- Sanierungsmaßnahmen (Pläne, prioritäre Bereiche, qualitative Ziele, Zeitbedarf, Kostenschätzungen)

4. Ressourcennutzung

- Energieverbrauch nach Verbrauchergruppen (Haushalte und Kleinverbraucher, Verkehr, produzierendes Gewerbe etc.)
- Energieträgereinsatz bzw. -verbrauch
- Sonstige Ressourcennutzung (Erze, Steine und Erden, Salze, Torf etc.)